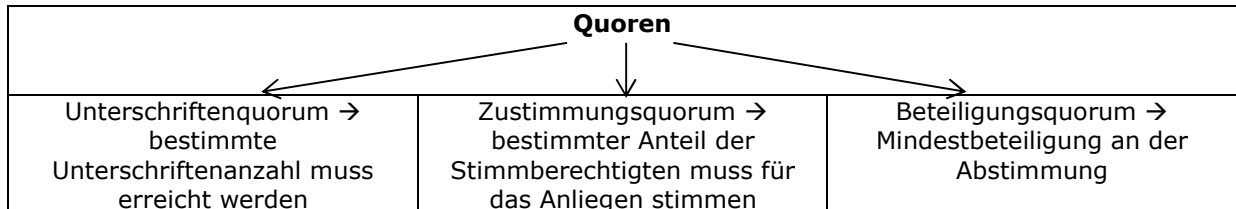


## Lösungsansatz Direkte Demokratie

### Die BRD

<b>Bundesebene</b>	<b>Länderebene</b>	<b>Kommunale Ebene</b>
<p>Volksbegehren kann laut Grundgesetz nur bei einer Neugliederung von Bundesländern durchgeführt werden (Art. 29 GG).</p>	<p>Stufe 1: Volksbegehren Baden-Württemberg: 1/6 der rund 7,6 Millionen Wahlberechtigten muss per Unterschrift ein Volksbegehren unterstützen.</p> <p>Bei Erfolg prüft der Landtag:</p> <p>☉ Zustimmung → Gesetz ist beschlossen.            ☹ Ablehnung → Es kommt zur Stufe 2.</p> <p>Stufe 2: Volksentscheid Mehrheit der Wahlberechtigten, mind. 1/3, muss für Annahme stimmen. Bei Verfassungsänderung mind. die Hälfte der Stimmberechtigten.</p>	<p>In B.-W. und Hessen ist die Landkreisebene ausgenommen!</p> <p>Stufe 1: das Bürgerbegehren Bürgerinnen und Bürger unterstützen ihr Begehren durch ihre Unterschrift            → Je nach Kommunengröße gibt es eine gestaffelte Mindestmenge an Unterschriften.</p> <p>Abstimmung im Gemeinderat:</p> <p>☉ Zustimmung → Gesetz ist beschlossen.            ☹ Ablehnung → Es kommt zur Stufe 2.</p> <p>Stufe 2: der Bürgerentscheid, die Bürgerinnen und Bürger stimmen ab</p>

### Quoren



## Die Schweiz

Konkordanzdemokratie:

- ➔ Schweizer Regierungssystem kennt das für die meisten Demokratien typische Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition nicht, alle großen Parteien sind in der Regierung vertreten.
- ➔ Konkordanz: Zwang zum Kompromiss und zur Zusammenarbeit von Regierung, Nationalrat und Ständerat.
- ➔ „Zauberformel“ schreibt Sitze vor, große Parteien müssen mind. einen Sitz haben.

## Direkte Demokratie

- ➔ Die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger der Schweiz dürfen auf allen Ebenen (Gemeinde, Kanton, Bundesstaat) als Souverän, d.h. oberste Gewalt, in Sachfragen abschließend bestimmen.
- ➔ Die Schweizerinnen und Schweizer wählen Vertreter für die Parlamente und regieren durch Volksabstimmungen mit.

<b>Volksabstimmungen</b>		
<b>Obligatorisches Referendum</b> Gesetze und Sachfragen, über die das Volk zwingend abstimmt ↓	<b>Fakultatives Referendum</b> Innerhalb von 100 Tagen nach der Gesetzes-Verabschiedung oder -Änderung durch das Parlament kann durch mindestens 50.000 Unterschriften von Stimmberechtigten eine Volksabstimmung verlangt werden. ↓	<b>Volksinitiative</b> Binnen 18 Monaten müssen mindestens 100.000 Stimmberechtigte mit ihrer Unterschrift eine Änderung oder die Totalrevision der Verfassung verlangen. ↓
Annahme oder Ablehnung	Wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten ablehnt, tritt der Erlass nicht in Kraft.	

Die Schweizer sind der Souverän, bestimmen die Politik zu großen Stücken selbst.

**Vor- und Nachteile einer direkten Demokratie**

☺	☹
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Ev. Schritt gegen die Demokratiemüdigkeit und die Entfremdung zwischen dem Volk und den Politikern, da der/die Einzelne mitbestimmt.</li> <li>▪ Wähler einer Partei, die nicht in das Parlament einzieht, haben keinen Vertreter ihrer Meinung.</li> <li>▪ Volkswille wird deutlich zum Ausdruck gebracht.</li> <li>▪ Auch im Kleinen entscheiden die Bürgerinnen und Bürger mit.</li> <li>▪ Parteien können nicht etwas versprechen, was sie hinterher nicht einhalten.</li> <li>▪ Bürgerinnen und Bürger können Gesetze/Entscheidungen ablehnen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Hoher Verwaltungsaufwand</li> <li>▪ Entscheidungsfindung ist langsamer und teurer als in repräsentativen Demokratien, da es durch den Volksentscheid mindestens einen zusätzlichen Schritt in der Gesetzgebung gibt</li> <li>▪ Ein Abstimmungsvorschlag muss immer in Ja-Nein-Form sein, d.h. es muss im Vorfeld das zu entscheidende Problem in eine solche Form gebracht werden. Kompromisse oder Alternativvorschläge können im Zuge eines Volksentscheids nicht gefunden werden, sondern müssen im Parlament gefunden und anschließend in einer weiteren Volksabstimmung legitimiert werden → zeitaufwändig, kostenintensiv</li> <li>▪ Abhängigkeit/Beeinflussung der Bürgerinnen und Bürger von den Medien; die Gruppierung, die mehr Geld in den Wahlkampf steckt, gewinnt eventuell. → Gefahr der Manipulation</li> <li>▪ Es stellt sich die Frage, ob alle Bürgerinnen und Bürger über alle Sachfragen abstimmen können, wenn sie sich zu wenig auskennen.</li> </ul>